

Die Öffentlichkeits-Beteiligung durch die Behörden in Sachen Endlager misslingt.

Nach dem grossen Gorleben Debakel, das man als den wohl grössten Dissens von Staat und Bevölkerung in der Nachkriegszeit beschreiben muss, ist das Thema der „Öffentlichkeits-Beteiligung in Sachen Endlager“ in den Focus gerückt. Man will ja in einer friedlichen, sachlichen und fortschrittlichen „Konsens-Gesellschaft“ leben und arbeiten. Aber mal ehrlich, können Sie ein Beispiel nennen, wo eine Behörde eine nachweisbar erfolgreiche Öffentlichkeits-Beteiligung geleistet hat ? Das wird nicht einfach, weil das nicht in der Kultur von Behörden verankert ist. - Die Alibi-Auslegung von Plänen, auf der 2 Wochen Behörden-Flur-Pinnwand ist die Praxis.

Rückfragen unerwünscht, die Verantwortlichen sind alle gerade beschäftigt und es geht auch niemand ans Telefon, und Briefe werden nicht inhaltlich, sondern nur formal beantwortet. Es wird doch nur so getan, obwohl es häufig Pflicht ist. In Sachen Endlager ist die Öffentlichkeits-Beteiligung schriftlich, mehrfach, auch im EU und DE Gesetz verankert. Und was BMU, BFE und BGE daraus machen ist immer nur eine Informationsveranstaltung, wo man sich selbst anpreist und die eigene Rolle, Macht und Deutungskompetenz immer und wieder vorträgt ! Eine gute Veranstaltung hat dann noch eine Verständnisfrage von einem Rentner aus dem Publikum, und schon ist die Öffentlichkeits-Beteiligung für die Behörde erfolgreich gelungen. Man braucht sich nur die Tagesordnungen anzuschauen. Da lohnt es sich gar nicht erst loszufahren. Ein paar Rentner, deren Kinder in diesen Behörden arbeiten kommen aus Langeweile, ein paar Schüler in den Ferien und die Fach-Öffentlichkeit kommt gar nicht, weil die unter Woche arbeiten geht, in aller Regel werden kritische Frager bzw. konstruktive Ingenieure ja auch nicht eingeladen, die haben aber auch gar kein Interesse sich mit dem Geschwätz von Pressesprechern zu befassen. - Und so misslingt die Öffentlichkeits-Beteiligung immer wieder. Im Internet läuft das ähnlich – zu den Kern-Themen gibt es über Jahre „nur ein Schema Bildchen“ und keinerlei Informationen und gar Hinweise auf Handlungsfortschritte, aber man brüstet sich damit ehrlich zu informieren wenn man über ein brennendes Holzbrettchen im irgendwo berichtet und das eine Informationsstelle mit Praktikanten wegen einer Betriebs-Versammlung an einem bestimmten Tag geschlossen bleibt. - Wertloser bla-bla Quatsch der darüber hinwegtäuschen soll, dass man seit 60 Jahren mit der Verwaltung des Nichts gar nicht weitergekommen ist. – Manchmal bringt ein Journalist etwas zusammen, aber meist drucken die Zeitungen nur die eitlen Selbstbefassungs-Pressemitteilungen von der dpa ab – Darin ist nie eine Information enthalten. Diese wohlklingen Namen wie „Teilgebiets-Konferenzen“ und „Rat der Region“ sind hier in der Schweiz bereits Jahre vorher erfunden worden und wurden 1:1 ins Deutsche Verfahren kopiert. Die Bürger fühlen sich hier alle nur verarscht !

Einige wichtige Voraussetzungen sind ja heute viel besser als vor 30 Jahren. Das Bildungsniveau ist höher – hatten die Eltern noch 8 Jahre Volksschule unter den schwierigen Bedingungen direkt nach dem Krieg – so haben deren Kinder häufig Abitur und ein Studium. Man kann auch hoffen, dass die vielen Auslandsreisen zu einer eher offenen Grundhaltung geführt haben, und dadurch sachliche Diskurse und weniger Schubladen- und Parteidenken möglich sind, man kann sich da aber auch irren, weil das „staatliche Gleichschaltungs-Fernsehen“ das wieder zerstört. Es bleibt nur die Hoffnung auf den gebildeten, interessierten Bürger, der sich mit dem Internet und Wikipedia halbwegs sachliche Informationen abrufen kann, die häufig mit einem Blick in die Vergangenheit des Themas eine gewisse Vollständigkeit aufweisen. - Aber auch Wikipedia gerät immer mehr in die Fänge der Leute, die eine behördlich eingeeengte, einseitige Sichtweise auf die Dinge propagieren.

Öffentlichkeits-Beteiligung in einem so vielschichtigen Thema wie Endlager setzt ein Wissen und eine sehr langfristige Befassung voraus, die Politiker, Journalisten und der allgemeine Mensch und Anwohner einfach nicht leisten können ! – Also braucht es mehr Fachleute-Kommissionen die es öffentlich erarbeiten. Dafür gab es einen historisch bedeutsamen ersten Ansatz mit der Kommission Endlager die aber auch viel zu viel am Tag vorher in den Hinterzimmern besprochen hat, um in der öffentlichen Sitzung schön konsensual rüberzukommen. Eine dauerhaft 1x im Monat tagende öffentliche Kommission mit 50 % Wissenschaft / 50 % Vertretern von BMU, BFE und BGE und weiteren Vorhabens-Planern – und einem ständig in EU ähnlicher Reihenfolge wechselnden Vorsitzenden ist der Aufgabe dienlich. Die bisher praktizierte und im Gesetz verankerte Öffentlichkeits-Beteiligung misslingt und lässt nur enttäuschte Bürger zurück. Es ist doch ein Witz das die Aufsichtsbehörde die Öffentlichkeits-Beteiligung macht. Das ist doch wieder so ein Konstrukt von Vanadium Kaiser, damit nichts und niemand das ewigliche Verfahren von der „Verwaltung des Nichts“ durch konkrete Vorschläge unterbrechen und beerdigen kann. Die BRD von heute fühlt sich an wie die DDR von damals ! Und man ist auch nicht auf einem guten Wege. Gute Vorschläge werden totgeschwiegen, weil man mit der Verwaltung des Nichts auf Dauer viel besser verdienen kann ohne sich die Hände an konkreten Verantwortlichkeiten schmutzig zu machen. - Und so wächst der Berg der Endlager-Gesetze und Vorschriften stetig an, der Bürger will sich mit dem Endlos-Thema gar nicht mehr befassen, und die staatlichen Beteiligten geben Unsummen für sinnlose Nebenschauplätze aus, ohne das jemals ein richtiger Plan auf den Tisch kommt, und ein konkreter Zugang in eine gute Geologie entsteht ...

Mit freundlichen Grüßen
Volker Goebel
Dipl.-Ing.
Endlager-Fachplaner ww

Version 0.0.2 / Aug. 2019

Es stellt sich natürlich die Frage ob man es selbst besser macht? Endlager ist technisch, und muss erklärt und her-geleitet werden. Bisher hat Ing. Goebel fünfzig Seiten Original Entwickler-Script veröffentlicht. Ausgedruckt sind das fünfzig Bücher mit jeweils ca. 100 bis 150 Seiten. – Er hat sich also die Mühe gemacht die Leser genau so viel (z. T. verwirrendes) Zeug lesen zu lassen wie Ihm selbst als Planungsgrundlage vorgelegen hat. Die Information stand also in kleinen Ausschnitten, auf einer vertikalen Wäscheleine aufgehängt im Original, vom Planer selbst zur Verfügung gestellt, bereit. Über die Jahre haben Millionen von Lesern das abgerufen und konnten immer sehen, wie weit die Planung war. - Dieses zeigen von weniger als halbfertigen Zeichnungen und Texten, die aber zumindest schon mal eine Idee enthielten, ist authentisch.

Im Beruf lege ich meinen Chefs ja auch immer nur unfertiges Zeug vor, das wir gemeinsam besprechen, korrigieren und verbessern, bis es vollständig ist und als Bauantrag eingereicht werden kann. Ing. Goebel arbeitet ja ohne Auftrag, aus Freude daran den Knoten der Endlagerung zu entwirren und er kann unfertige Arbeiten veröffentlichen, damit Kritik, Hinweise und allerlei Korrekturen von aussen reinkommen – das hat der DBHD Entwicklung sehr gut getan und dadurch ist ja auch schon vieles weitgehend abgesicherte Erkenntnis. **Ein Behörde scheut sich aber kluge, halb fertige Planungen vorzulegen, und erhält deshalb auch keine klugen Hinweise von vielen Experten.**

Wenn jemand hartnäckig Kritik übt, habe ich Ihm das Thema einfach zur Bearbeitung überlassen und viele Ingenieure und Doktoren haben sich an der Entwicklung beteiligen können. Eine echte Öffentlichkeits-Beteiligung.

Häufig erreichen mich Fragen von Bürgern die am Standort leben, oder von Bürgerinitiativen an anderen Orten. Ich beantworte diese Fragen immer in kurzer Frist schriftlich nach bestem Wissen. Das geht, das ist ca. eine halbe Stunde pro Tag und das muss jemand der Standorte vorschlägt auch leisten. Wer sich Freiheiten herausnimmt muss auch mal die Pflichten akzeptieren.

Der Kontakt zu den weltweit 14.800 Experten der Branche war allerdings eine sehr zeitraubende und doch segensreiche Leistung. Damit wurde die DBHD Planung in den rauhen Wind der internationalen Fachöffentlichkeit gestellt und es gab viele Fragen zu beantworten. Insgesamt hat sich dieser Aufwand hoffentlich gelohnt. Es ist erkennbar, dass in vielen Forschungseinrichtungen, Firmen, nuklearen Aufsichtsbehörden und Fachstellen das Nachdenken über DBHD und geologische Endlagerung und Verschluss aus Bergdruck begonnen hat. Hoffen wir das sich das in naher Zukunft bei der Schaffung von Zugangs-Bauwerken in höffige Geologien positiv auswirkt.

Informationen zum Endlager-Symposium am 14./15.9.19 in Berlin

An info@ing-goebel.de

Sehr geehrter Herr Dipl.-Ing. Goebel,

wir freuen uns, Sie am Wochenende zum Symposium „Dialog Endlagersicherheit“ begrüßen zu dürfen.

Am Samstag, 14.09.2019, startet das Symposium ab 12:30 Uhr im Tagungswerk. Am Sonntag öffnet das Tagungswerk ab 8:30 Uhr die Türen für Sie. Für eine gute Anfahrt finden Sie anbei eine Anfahrtsskizze. Alle weiteren Informationen rund um das Symposium sowie das Programm entnehmen Sie bitte dem beigefügten Flyer.

Wir möchten Sie bereits jetzt darüber informieren, dass Sie vor Ort die Wahl zwischen mehreren Arbeitsgruppen haben:

Tag 1: Samstag, 14.09.2019

Runde 1 15:30 – 16:30 Uhr	AG 1 Langzeitsicherheit	AG 2 Erkundung und Planung (Sicherheitskonzept, Optimierung ...)
Runde 2 16:30 – 17:30 Uhr	AG 3 Rückholbarkeit und Bergung; schwach- und mittelradioaktive Abfälle	AG 4 Errichtung, Betrieb und Stilllegung; Überwachung

Tag 2: Sonntag, 15.09.2019

Runde 1 11:00 – 12:00 Uhr	AG 5 Allgemeiner Ablauf einer vorläufigen Sicherheitsuntersuchung	AG 6 Umgang mit Ungewissheiten
Runde 2 12:00 – 13:00 Uhr	AG 7 Besonderheiten bei repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchung (Phase 1)	AG 8 Vorgehen zur Dosisabschätzung

Sie sind eingeladen, an jeweils einer der beiden parallel stattfindenden Arbeitsgruppen teilzunehmen, so dass Sie sich im Laufe des Symposiums in insgesamt vier Arbeitsgruppen

einbringen können. Ihre Wahl wird bei der Registrierung erfragt.

Zum Abschluss des ersten Tages möchten wir alle Teilnehmenden zu einem informellen Get-Together in ein Restaurant in der Nähe des Tagungswerks einladen (<https://delhi6.de/> , Distanz: 5 Gehminuten).

Möchten Sie sich im Vorfeld über das Thema des Symposiums umfassend informieren?

- Auf <https://www.dialog-endlagersicherheit.de/> finden Sie die Inhalte des Verordnungsentwurfs in drei kurzen Filmen aufbereitet.
- Hintergrundinformationen finden Sie außerdem in der Mediathek: <https://www.dialog-endlagersicherheit.de/mediathek>.
- Zudem finden Sie auf der Website die eingegangenen Stellungnahmen, die im Rahmen des Symposiums präsentiert werden:
 - Artikel 1: <https://www.dialog-endlagersicherheit.de/dialoge/artikel-1-verordnung-uebersicherheitsanforderungen-die-endlagerung-hochradioaktiver>
 - Artikel 2: <https://www.dialog-endlagersicherheit.de/dialoge/artikel-2-verordnung-uebersicherheitsanforderungen-die-durchfuehrung-der-vorlaeufigen>

Sie möchten sich bereits im Vorfeld über das Thema des Symposiums austauschen?

- Schicken Sie uns Ihre Stellungnahme zu dem Verordnungsentwurf an moderation@dialog-endlagersicherheit.de.
- Beteiligen Sie sich Online: Unter <https://www.dialog-endlagersicherheit.de/dialoge/kommentierung-der-verordnung#uij-2> können Sie sich über den Verordnungsentwurf informieren und diesen wortgenau kommentieren.
- Ihre Meinung ist zudem beim Online-Dialog gefragt: Was gilt es aus Ihrer Sicht in der Verordnung besonders zu beachten? www.dialog-endlagersicherheit.de/dialoge

Diese drei Wege, Ihre eigene Meinung und Expertise einzubringen, stehen Ihnen über das Symposium hinaus **bis einschließlich 20. September 2019** offen.

Sofern Sie Rückfragen haben, stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Wir freuen uns auf einen konstruktiven Austausch mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Keno Franke

--

Keno Franke

Telefon +49 30/ 221 826 5-32

Fax +49 30/ 221 826 5-99

Mail franke@zebralog.de | pgp-id 00000000

W: www.zebralog.de

F: www.facebook.com/zebralog

T: www.twitter.com/zebralog

++++
Wir sind umgezogen: Mit mehr Platz, mehr Licht. Schauen Sie mal vorbei!
++++

Zebralog GmbH & Co KG

Oranienburger Straße 87/89, HH

10178 Berlin

AG Berlin Charlottenburg, HRA 42286 B

Vertretungsberechtigte Komplementärin: Zebralog Verwaltungs GmbH,

- [Anfahrt_Tagungswerk.pdf \(798 KB\)](#)
- [Flyer.pdf \(898 KB\)](#)



Dialog Endlagersicherheit (Symposium)

14. September 2019 | 1. Tag

- ab 12:30 Uhr Einlass und Anmeldung
- 13:00 Uhr Beginn und Einführung
- 14:00 Uhr Präsentation der Stellungnahmen
- 15:30 Uhr Thematische Arbeitsgruppen
- 17:30 Uhr Podiumsdiskussion
- 18:30 Uhr Ende und Gelegenheit zum informellen Austausch

15. September 2019 | 2. Tag

- ab 08:30 Uhr Einlass und Anmeldung
- 09:00 Uhr Beginn und Einführung
- 09:40 Uhr Präsentation der Stellungnahmen
- 11:00 Uhr Thematische Arbeitsgruppen
- 13:00 Uhr Podiumsdiskussion
- 14:00 Uhr Ende



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Impressum:

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Referat S III 2
Grundsatzangelegenheiten
der nuklearen Entsorgung,
Standortauswahl, Endlagerung

Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Telefon 0228 99 305-0
E-Mail poststelle@bmu.bund.de

Stand:
August 2019

Konzept:
Zebralog GmbH, Berlin

Gestaltung:
Gipfelgold Werbeagentur GmbH, Bonn

Wissenschaftliche Beratung:
Öko-Institut e.V.

Das Copyright für Texte und Bilder liegt beim
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit.

www.bmu.de

ENDLAGER- SICHERHEIT

Der Weg zum sicheren Einschluss



Bürger- dialog

Referat S III 2
Grundsatzangelegenheiten der nuklearen Entsorgung,
Standortauswahl, Endlagerung
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Worum geht es?

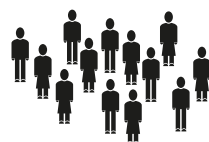
Verordnung über Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsuntersuchungen

Bis zum Jahr 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Unklar ist jedoch gegenwärtig, wo die große Menge an hochradioaktiven Abfällen aus den Atomkraftwerken zukünftig entsorgt werden soll. Derzeit befindet sich der strahlende Abfall überwiegend in sogenannten CASTOR®-Behältern in oberirdischen Zwischenlagern. Dies ist jedoch auf Dauer keine Lösung. Ziel ist daher, bis zum Jahr 2031 einen Standort zu finden, an dem die hochradioaktiven Abfälle möglichst sicher tief unter der Erde und damit in ausreichender Entfernung zu Mensch und Umwelt gelagert werden können.

Das Standortauswahlgesetz (StandAG) von 2017 bildet die gesetzliche Grundlage für diese Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall in Deutschland, das sogenannte Standortauswahlverfahren. Zudem soll im kommenden Jahr eine Verordnung über die Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsuntersuchungen erlassen werden, die das StandAG weiter konkretisiert.

Diese Verordnung wird Sicherheitsanforderungen definieren, die das zukünftige Endlager erfüllen muss (Artikel 1) und die bereits während der Standortauswahl in Form von vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen berücksichtigt werden. Wie diese vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen ablaufen und was dabei zu berücksichtigen ist, wird Artikel 2 der Verordnung regeln.

Wie kann ich mich einbringen?



Die Bürgerinnen und Bürger werden in einem dialogorientierten Prozess einbezogen. Aktuell können alle Interessierten deutschlandweit Anmerkungen und ihre Expertise zum Verordnungsentwurf des Bundesumweltministeriums über die Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsuntersuchungen einbringen. Diese Verordnung ist bislang im Entwurfsstadium und soll im kommenden Jahr in Kraft treten. Hierin werden wichtige Rahmenbedingungen für die Standortauswahl und das zukünftige Endlager festgelegt – Ihre Meinung ist daher gefragt!

Machen Sie mit bei der Online-Beteiligung: Unter www.dialog-endlagersicherheit.de können Sie sich über den Verordnungsentwurf informieren und diesen kommentieren.

Bringen Sie sich direkt und vor Ort beim Symposium am 14. und 15. September 2019 in Berlin ein und diskutieren Sie mit Vertreter*innen des Bundesumweltministeriums sowie weiteren Expert*innen über den Verordnungsentwurf. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Was passiert nach der Beteiligung?

Bis zum 20. September 2019 haben Sie die Möglichkeit, Ihre Anmerkungen und Stellungnahmen zu dem Verordnungsentwurf einzubringen. Anschließend werden Ihre Einreichungen ausgewertet und der Entwurf wird entsprechend finalisiert. Das Bundesumweltministerium wird den Verordnungsentwurf voraussichtlich am 06. November 2019 dem Bundeskabinett zur Kenntnisnahme vorlegen, anschließend wird der Entwurf an den Bundestag übermittelt. Der Bundestag kann bei Bedarf noch Änderungen an der Verordnung vornehmen. Abschließend unterschreibt die Bundesumweltministerin die Verordnung, die am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft tritt.



JULI
17.

Start der Kommentierung;
Beginn der Länder-, Verbände-
und Öffentlichkeitsbeteiligung

AUG.
28.

Start des
Online-Dialoges

SEPT.
05.

Stichtag für
Einreichung von
Stellungnahmen
für das Symposium

SEPT.
14.

Symposium

SEPT.
15.

SEPT.
20.

Ende der
Öffentlichkeits-
beteiligung

NOV.
06.

voraussichtlich
Kabinettsbefassung

DEZ.

Bundestag kann
über die Verordnung
beraten